Protokoll

13. Sitzung vom 17. Juni 2019
rsa

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 17. Juni 2019, 19.00 Uhr - 21.00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	30 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Roger Kempf, Ratssekretär, Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv., sowie Peter Krapf, Ratsweibel
Entschuldigte	Hans Peter Andreoli (berufliche Gründe) Claudia Bühlmann (familiäre Verpflichtungen) Christian Gross (keine Angaben) Pascal Rubin (Ferien) Lukas Wiederkehr (Ferien)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 15. April 2019
3. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde Wädenswil für das Jahr 2018
4. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde Schönenberg für das Jahr 2018
5. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde Hütten für das Jahr 2018
6. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2018
7. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 9. Mai 2019, betreffend Massnahmen zu Gunsten des Langsamverkehrs in Wädenswil; Begründung
8. Interpellation der SVP-Fraktion, vom 11. Mai 2019, für einen städtischen Energiefonds; Begründung
9. Motion von Pierre Rappazzo, GLP, Rita Hug, Grüne, Claudia Bühlmann, Grüne, Mona Fahmy, SP, und Angelo Minutella, GLP, vom 20. Mai 2019, betreffend Änderung Bewilligungspraxis Mobilfunkantennen der Stadt Wädenswil; Begründung
10. Interpellation der CVP-Fraktion, vom 22. Mai 2019, betreffend Biodiversität in Wädenswil; Begründung
11. Postulat von Judith Fürst, SP, vom 12. März 2018, überwiesen am 9. April 2018, betreffend Stadtratsbeschlüsse aktiv publizieren; Beantwortung

~~12. Postulat des BFPW, vom 19. März 2018, überwiesen am 9. April 2018, betreffend Stärkung der ortsansässigen Vereine; Beantwortung~~

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 7. Juni 2019 in der ZSZ amtlich publiziert.

Es gibt keine Einwände gegen die Traktandenliste.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident André Zürrer begrüsst zur Sitzung. Auf den Pulten liege die Einladung zum Ratsausflug. Er bitte, den Anmeldetermin einzuhalten, damit er die richtige Anzahl Give-aways vorbereiten könne.

1.1 Verabschiedung von Volkan Dogu, CVP, aus dem Gemeinderat

Gemeinderatspräsident André Zürrer informiert, dass Volkan Dogu im März 2015 als Nachfolger von Beat Wiederkehr in den Gemeinderat gewählt worden sei. Von 2015 bis 2017 sei er Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewesen. Seit 2017 sei er als Stimmenzähler Mitglied des Büros Gemeinderat und seit 2018 Ersatzmitglied im Zweckverband Zivilschutz Zimmerberg. Volkan Dogu habe ganz viel mehr geleistet in Wädenswil, beispielsweise im FC etc. Er danke ihm und wünsche ihm alles Gute für die Zukunft.

Volkan Dogu, CVP, dankt für die spannende Zeit in der CVP, der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, im Büro und überhaupt im Parlament mit den verschiedenen Leuten. Er habe sich immer wohl gefühlt. Es sei sehr interessant gewesen und er habe viel dazu gelernt. Sein Grundsatz laute, wenn er etwas verstehen wolle, müsse er dabei sein. Er habe die Politik verstehen wollen und darum sei er dabei gewesen. Nun sei aber genug und er mache einen Schritt zurück. Er habe keine Bedanken, dass sein freier Sitz gut besetzt werde. Er wünsche allen weiterhin viel Erfolg im Parlament, auch dem Stadtrat. Er sei ja nach wie vor in Wädenswil und sie sähen ihn sicher noch.

1.2 Eingänge

- Protokoll der GR-Sitzung vom 15. April 2019
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der FDP/GLP-Fraktion, vom 13. Dezember 2018, betreffend Einkaufswesen
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der CVP-Fraktion, vom 10. Januar 2019, betreffend „seniorengerechter öffentlicher Raum“
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der Fraktion der Grünen, vom 8. Februar 2019, betreffend Ersatz alter Gasheizkesseln in städtischen Liegenschaften
- Bericht und Antrag zur Weisung 9, vom 22. Oktober 2018, Privater Gestaltungsplan Au-Park; Festsetzung

- Bericht und Antrag zur Weisung 8, vom 22. Oktober 2018, Teilrevision der Nutzungsplanung, Gebiet AuPark; Festsetzung
- Beantwortung des Postulats des BFPW, vom 19. März 2018, überwiesen am 9. April 2018, betreffend Stärkung der ortsansässigen Vereine
- Postulat der Fraktion der Grünen, vom 9. Mai 2019, betreffend Massnahmen zu Gunsten des Langsamverkehrs in Wädenswil
- Interpellation der SVP-Fraktion, vom 11. Mai 2019, für einen städtischen Energiefonds
- Motion von Pierre Rappazzo, GLP, Rita Hug, Grüne, Claudia Bühlmann, Grüne, Mona Fahmy, SP, und Angelo Minutella, GLP, vom 20. Mai 2019, betreffend Änderung Bewilligungspraxis Mobilfunkantennen der Stadt Wädenswil
- Interpellation der CVP-Fraktion, vom 22. Mai 2019, betreffend Biodiversität in Wädenswil
- Bericht und Antrag zur Rechnung 2018 der Politischen Gemeinde Wädenswil und zum Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2018
- Bericht und Antrag zur Rechnung 2018 der Politischen Gemeinde Schönenberg für das Jahr 2018
- Bericht und Antrag zur Rechnung 2018 der Politischen Gemeinde Hütten für das Jahr 2018

2. Abnahme des Protokolls vom 15. April 2019

Das Protokoll der Sitzung vom 15. April 2019 wird genehmigt.

10.06

3. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde Wädenswil für das Jahr 2018

Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement GR entfällt die Eintretensdebatte.

Detailberatung:

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, teilt mit, dass sie einen kurzen Rückblick auf das letzte Jahr mache, welches durch das WEF in Davos bereits im Januar einen internationalen Flair erhalten habe. Im 2018 habe sich dort auch der amerikanische Präsident Donald Trump die Ehre gegeben. Erfreuliches habe es von Roger Federer zu berichten gegeben. Mit seinem Finalsieg am Australian Open habe er Tennisgeschichte geschrieben. Als erster Tennisprofi habe er einen 20. Grand-Slam-Titel erreicht. Am 10. Juni habe das erste und vorerst letzte Formel-E-Rennen in Zürich stattgefunden. Es habe zigtausende Besucher angelockt. Doch der Stadtrat von Zürich habe letzten September entschieden, dass es dieses Jahr kein Formel-E-Rennen in Zürich gebe. Die Belastung für die Anwohnenden durch den langen Auf- und Abbau sei zu gross gewesen. Das werde jetzt lieber der Stadt Bern überlassen. Aus Bern sei auch die Hiobsbotschaft gekommen, dass die Postauto AG dem Bund CHF 78.0 Mio. Subventionen zurückzahlen müsse, weil sie im Regionalverkehr Gewinne gemacht habe und diese gesetzwidrig in andere Geschäftsfelder umgebucht habe. Es seien wilde Monate für die Post gewesen bis hin zum grossen Knall mit dem

Rücktritt der Postchefin Susanne Ruoff im vergangenen Juni. Auch eher unrühmlich sei der Abgang von Raiffeisen-Chef Pierin Vincenz gewesen, nämlich direkt in die U-Haft. Der Vorwurf sei happig gewesen, ungetreue Geschäftsbesorgung im Investmentumfeld.

Ganz ohne Skandal und wie immer höchst professionell sei die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK) am 4. April 2019 über den Jahresabschluss 2018 von Stadtrat Walter Münch und dem Leiter Finanzen, Stefan Müller, informiert worden. Ein Dank gehe an die beiden Herren für die informativen und klaren Ausführungen.

Auch die Stadt Wädenswil müsse immer mehr bewältigen. So schliesse die Rechnung 2018 mit einem Gesamtaufwand von CHF 176.7 Mio. oder gut CHF 6.0 Mio. mehr als 2017 und einem Gesamtertrag von CHF 175.2 Mio., was ein Plus von CHF 2.0 Mio. gegenüber 2017 bedeute. Es resultiere unter dem Strich ein Minus von CHF 1.0 Mio., also rund CHF 3.4 Mio. weniger, als budgetiert, was als erfreulich bezeichnet werden könne. Weniger erfreut sei die GRPK mit der Handhabung der öffentlichen Ausschreibung für die Mittagstischverpflegung gewesen. Deshalb habe sie auch eine entsprechende Empfehlung im Bericht und Antrag formuliert.

Sie komme nun zum grössten Kostenblock, nämlich der Schule. Im 2017 seien die hohen Ausgaben rund um die Digitalisierung, (Hard- und Software, Lizenzen, IT-Unterstützung) ein grosses Thema gewesen. Im 2018 seien es eher wieder handfeste, bodenständige Themen wie Schulraumknappheit in der Au, Klassenassistenzen für unselbständige Kindergartenkinder oder die Qualität der Mittagsverpflegung gewesen. Die Stadt lasse sich die Schule insgesamt, also Unter- und Oberstufe, jährlich etwa CHF 42.0 Mio. für insgesamt rund 2‘200 Schüler kosten, also über CHF 19'000.- pro Schüler.

Auf der Ertragsseite seien es die Steuereinnahmen, die sich im letzten Jahr besser als erwartet entwickelt hätten. Da habe es Mehreinnahmen bei den Quellensteuern von etwa CHF 1.4 Mio. und bei den Grundstücksteuern von CHF 0.5 Mio. mehr als budgetiert gegeben. Beides Steuern, die sehr volatil seien. Die Steuereinnahmen lägen bei total CHF 71.2 Mio., davon CHF 63.3 Mio. ordentliche Steuern und bei 85% seien das CHF 53.8 Mio. für die Stadt sowie 19% im Betrag von CHF 12.0 Mio. für die Oberstufenschule Wädenswil (OSW). Für die gesamte Schule (Unter- und Oberstufe) würden ca. 2/3 des Steuersubstrats aufgewendet. Die ordentlichen Steuern seien minim tiefer als im Vorjahr ausgefallen, insgesamt resultiere aber, wie erwähnt, eine leichte Erhöhung. Von den geplanten Investitionen habe nur die Hälfte, also nur CHF 10.2 Mio. umgesetzt werden können.

Das wichtigste Projekt mit der Werkstadt Zürisee habe weiter vorangetrieben werden können und so seien sie zuversichtlich, dass sich die Steuereinnahmen der juristischen Personen bald einmal erhöhen würden. Gerade im Hinblick auf die anstehenden Investitionen sei das ein wichtiges Puzzleteil.

Wachstum, Entwicklung und Veränderung habe es auch mit der Eingemeindung von Schönenberg und Hütten gegeben, die 2018 definitiv gerichtlich geregelt und per 1. Januar 2019 umgesetzt worden sei. Weil viele Arbeiten bereits seit längerem im Hintergrund am Laufen

gewesen seien, habe die Umstellung in der Verwaltung ohne allzu grosse Probleme stattgefunden, aber doch mit einem beträchtlichen Arbeitsmehraufwand der verschiedenen Abteilungen.

Die offizielle Besuchswoche bei der Stadtverwaltung habe vom 6. bis 10. Mai 2019 stattgefunden. Die GRPK bedanke sich bei allen Beteiligten für die geleistete Arbeit und vor allem für die zusätzliche Mehrarbeit. Die externe Revisionsstelle BDO habe die finanztechnische Prüfung der Rechnung 2018 vorgenommen und habe ihnen, als GRPK-Subkommission, anlässlich der Besprechung vom 5. April 2019 empfohlen, diese zu genehmigen. Speziell erwähnt worden sei die wie immer sehr gute Vorbereitung der Unterlagen durch die Verantwortlichen der Stadt unter der Federführung von Stefan Müller und Rita Nigg. Weniger optimal seien laut BDO die Lohnbuchhaltung bei der Primarschule und die fehlende IKS Austrittskontrolle.

Der haushälterische Umgang mit den finanziellen Mitteln, kurz Sparapell, sei weiterhin ein wichtiger und anspruchsvoller Punkt, der von allen Beteiligten im Fokus behalten werden müsse. Ebenfalls weiterhin im Fokus und auf der To-do-Liste sei auch die Fragestellung FLAG oder kein FLAG. Diese Frage sei offen, respektive warte die GRPK seit ein paar Jahren auf eine Stellungnahme des Stadtrats zum weiteren Vorgehen. Eine Subkommission der GRPK habe sich im Herbst 2017 zum Austausch mit den Verantwortlichen der Stadt Uster getroffen. Dort sei NPM oder eben FLAG seit einigen Jahren flächendeckend Standard. Wie sie ebenfalls bereits letztes Jahr in ihrer Rede erwähnt habe, hätten sie ernüchtert feststellen müssen, dass ein NPM extrem aufwändig und nur mit einem permanenten NPM-Profi im Hintergrund zu bewältigen sei. Dass in Uster zudem (ca. 1/3 mehr Einwohner als Wädenswil) ein rund doppelt so hoher Personalaufwand wie in Wädenswil resultiere, hänge mit diesem aufwändigen System zusammen und solle zu denken geben.

Ihr persönliches Fazit sei ein „FLAG light System“ mit zwei bis drei wichtigen, sinnvollen und klar messbaren Zielvorgaben pro Abteilung plus eine klare Budgetstruktur. Also eine Mischform, in der das Beste und das Bewährteste aus den beiden Systemen kombiniert werde. Das habe sie bereits im letzten Jahr in ihrer Rede erwähnt und es sei einmal mehr eine klare Aufforderung an den Stadtrat zum Handeln. Auch das leidige Thema eines offiziellen Wädenswiler Leitbilds werde seit vielen Jahren auf die lange Bank geschoben. Eine offensichtliche Leidensgeschichte für den Stadtrat, mit welcher er sich schwer tue.

Trotz den eher unrühmlichen Langzeitpendenzen könne sie es vorweg nehmen. Im Namen der einstimmigen GRPK beantrage sie, die Rechnung 2018, die FLAG-Berichte und auch den Geschäftsbericht abzunehmen. Zustimmung zur Annahme dürfe sie auch im Namen der SVP-Fraktion bekanntgeben.

Mitglied der GRPK, Cornelia Dätwyler, FDP, sagt, dass sie sich im Namen der Fraktion bei der Abteilung Finanzen und den Mitarbeitenden der Verwaltung für ihren Einsatz bedanken wolle. Einen speziellen Dank wolle sich auch an die Mitarbeitenden der jetzt mit Wädenswil zusammengeschlossenen Gemeinden Hütten und Schönenberg für ihre Rechnungsabschlüsse aussprechen.

Der Stadtrat könne für die Stadt Wädenswil eine Rechnung präsentieren, die um rund CHF 3.4 Mio. besser abgeschlossen habe als erwartet. Das sei wirklich erfreulich. Doch die Freude werde bei näherem Hinsehen getrübt. Erstens müsse festgestellt werden, dass das gute Resultat teilweise darauf zurückzuführen sei, dass die Stadt Wädenswil, wie bereits im Vorjahr, von ungeplanten Mehreinnahmen durch aufgelaufene Quellensteuerguthaben beim Kanton profitiert habe. Diese Quelle werde aber versiegen. Noch dunklere Wolken zögen auf, wenn der Selbstfinanzierungsgrad von Wädenswil betrachtet werde. Der Selbstfinanzierungsgrad zeige auf, in welchem Ausmass Neuinvestitionen durch selbsterwirtschaftete Mittel finanziert werden können. Ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 100% führe zu einer Neuverschuldung. In Wädenswil betrage er über die letzten vier Jahre betrachtet gerade mal etwas über 50%. In Zukunft stünden weitere hohe Investitionen an und es sei daher zu erwarten, dass die Verschuldung weiter ansteige. Dieser Entwicklung gelte es mit aller Kraft Gegensteuer zu geben.

Die FDP/GLP-Fraktion werde sich daher weiter dafür einsetzen, dass die Stadt nicht sorglos Geld für bedingt Notwendiges oder gar nur Wünschbares ausgebe und so die Ausgabenseite von Wädenswil unnötig belaste. Auch auf der Einnahmenseite sei es ganz wichtig, dass die Stadt weiter mit aller Kraft daran bleibe, gute Bedingungen für Unternehmen zu schaffen. Aber das sei nur der eine Teil. Es dürfe nicht vergessen werden, dass die Stadt auch auf Einnahmen von steuerkräftigen Privatpersonen angewiesen sei. Dazu gebe es im Geschäftsbericht des Stadtrats eine ganz interessante Aufstellung. Daraus sei ersichtlich, dass gerade einmal 3.3% der Steuerpflichtigen in Wädenswil steuerkräftige Privatpersonen seien und diese einen Anteil von sage und schreibe 28% an die Einnahmen aus der Einkommenssteuer leisten würden. Das sei ein grosser Beitrag, den die Stadt diesen Personen zu verdanken habe. Es sei daher unabdingbar, dass umsichtig und wirtschaftlich mit den verfügbaren Geldern umgegangen werde, damit die Steuerbelastung für die Steuerpflichtigen in Wädenswil nicht noch mehr zunehme, sondern im Gegenteil, mittelfristig moderat gesenkt werden könne. Nur so könne sichergestellt werden, dass gute Steuerzahler Wädenswil erhalten bleiben und allenfalls sogar weitere sich für die Stadt entscheiden würden.

Stadtrat Finanzen Walter Münch teilt mit, bevor er auf die Rechnung 2018 eingehe, wolle er die Gelegenheit benützen, allen steuerpflichtigen Personen, dem Gewerbe und den Unternehmen zu danken, dass sie in Wädenswil zu Hause seien und hier ihre Steuerpflicht erfüllen würden. Nur so könnten wichtige Aufgaben und Infrastrukturprojekte in Wädenswil realisiert, die Ausbildung der jungen Generation sichergestellt und funktionierende Strukturen für die Gesundheit und das Wohnen im Alter angeboten werden.

Ein herzliches Dankeschön gehe auch an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die sich täglich zum Wohl der Stadt einsetzen und sparsam mit den Ressourcen umgehen würden. Damit meine er nicht nur die Finanzen, sondern auch der Umgang mit Energien und der Umwelt. Weiter danke er auch der GRPK, unter der Leitung von Christina Zurfluh Fraefel für die wie immer enge und konstruktive Zusammenarbeit.

Es sei die letzte Rechnung der politischen Gemeinde Wädenswil vor dem Gemeindezusammenschluss mit Schönenberg und Hütten und auch die letzte nach dem alten Rechnungsmodell HRM1. Wie bereits gehört, freue sich der Stadtrat, dass die Rechnung 2018 rund

CHF 3.4 Mio. besser abschliesse als budgetiert und dass sich die Finanzlage der Stadt weiter stabilisiert habe. Mit einem Aufwand von CHF 176.7 Mio. und einem Ertrag von CHF 175.7 Mio. resultiere ein geringfügiges Defizit von rund CHF 1.0 Mio. Dieser gute Abschluss sei auf mehrere begünstigende Faktoren, wie der guten wirtschaftlichen Lage und der hohen Haushaltsdisziplin von Stadtrat und Verwaltung, zurückzuführen. Mehreinnahmen gegenüber dem Budget von CHF 1.4 Mio. würden bei den Quellensteuern sowie von CHF 0.5 Mio. bei den Grundstückgewinnsteuern resultieren. Im Bereich der Sozialversicherungen sei es bei den Ergänzungsleistungen erstmals seit vielen Jahren zu einer Stabilisierung gekommen. Auch im Asylbereich hätten sich die Kosten der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe nur geringfügig erhöht. Zusammen mit den kantonalen Beihilfen habe sich eine Verbesserung von CHF 1.5 Mio. gegenüber dem Budget ergeben. In der Primarschule seien hingegen zusätzliche Personalkosten in den Bereichen Kindergarten, Schule, Sonderpädagogik sowie Betreuung von rund einer Million Franken angefallen. Auch in der Krankenpflege seien höhere Beiträge von CHF 0.7 Mio. angefallen, als im Budget vorgesehen gewesen sei.

Die budgetierten Ausgaben in der Investitionsrechnung seien nicht vollständig ausgeschöpft worden. Einzelne Projekte seien später gekommen als geplant, beispielsweise der Umbau des Werkhofs und der Hauptsammelstelle wie auch die Aufstockung des Schulhauses Steinacher. Dementsprechend hätten sich die Abschreibungen des Verwaltungsvermögens um rund CHF 1.5 Mio. gegenüber dem Budget reduziert. Wesentlich mehr Einnahmen aus Wasser- und Abwasseranschlussgebühren hätten zur Entlastung der Investitionsrechnung um CHF 1.4 Mio. beigetragen. Zudem habe die unerwartete Rückzahlung des Darlehens durch das See-Spital nicht budgetierte Investitionseinnahmen von CHF 1.7 Mio. zur Folge gehabt. Verschiedene Gemeinden im Bezirk hätten dem See-Spital ein verzinsliches Darlehen mit einer Laufzeit bis 2022 gewährt. Dieses Darlehen sei den Gemeinden vorzeitig per Ende 2018 zurückbezahlt worden. Die Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens schliesse somit mit Nettoinvestitionen von CHF 10.2 Mio. Sie liege um CHF 10.1 Mio. tiefer als budgetiert. Damit werde ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% erreicht. Dies führe zu einer gegenüber dem Vorjahr gleichbleibenden Nettoschuld pro Einwohner von CHF 602.-. Die verzinslichen Schulden hätten erfreulicherweise um CHF 5.0 Mio. von CHF 129.0 Mio. auf CHF 124.0 Mio. reduziert werden können. Sie seien aber immer noch auf einem sehr hohen Niveau.

Mit dem Finanz- und Entwicklungsplan habe sich der Stadtrat unter anderem folgende finanzpolitische Ziele gesetzt:

- Selbstfinanzierung der laufenden Aufwendungen und Investitionen
- Kontinuierliche Steuerfussentwicklung
- Kostendeckende Verursacherfinanzierung Eigenwirtschaftsbetriebe
- Mittelfristiger Haushaltausgleich

Für die Finanzierung der laufenden Aufwendungen und Investitionen werde ein Cash Flow von ca. CHF 10.0 Mio. pro Jahr benötigt. Im 2018 sei jedoch nur ein Cash Flow von CHF 8.0 Mio. generiert worden. Darum sei das Ziel nicht ganz erfüllt worden. Das Ziel zu einem kontinuierlichen Steuerfuss hätten sie erreicht. Der Steuerfuss liege stabil bei 85%. Bei der kostendeckenden Verursacherfinanzierung der Eigenwirtschaftsbetriebe müsse darauf geachtet werden, dass die Gebühren der Ver- und Entsorgungsbetriebe unter Berücksichtigung der

Kapitalfolgekosten festgesetzt und dem Verursacher belastet werden können. Das Ziel sei überall erreicht worden, ausser beim Wärmeverbund Untermosen. Der mittelfristige Haushaltausgleich sei eine wichtige Kennzahl. Es würden sieben bis acht Jahre angeschaut, drei Abschluss- und fünf Planjahre. Der mittelfriste Haushaltsausgleich gelte als eingehalten, solange das zweckfreie Eigenkapital den Wert von CHF 50.0 Mio. nicht unterschreite. Mit einem Eigenkapital von CHF 56.0 Mio. per Ende 2018 sei auch dieses Ziel erfüllt.

Die Investitionsrechnung des Finanzvermögens sei vom Projekt Werkstadt Zürisee geprägt. Es seien im Jahr 2018 Parzellen im Umfang von CHF 5.3 Mio. verkauft worden. Zwei Parzellen im Wert von CHF 11.4 Mio. seien erst Anfang Januar 2019 verkauft worden. Erst letzte Woche habe eine weitere Parzelle verkauft werden können. Der Verkauf sei auf einem guten Weg und nach wie vor sei die Nachfrage für die verbleibenden zwei Parzellen gut.

Ein weiteres Thema seien die Bauabrechnungen gewesen. Im 2018 liege die definitive Bauabrechnung der Frohmatt vor. Die Bauabrechnung für das Oberstufenschulhaus Rotweg sei verabschiedet worden und der GRPK übergeben worden. Die provisorische Bauabrechnung der Frohmatt sei bekanntlich schon früher der GRPK zur Vorprüfung übergeben worden.

Wie bereits erwähnt worden sei, habe die Revisionsstelle der Stadt, die Firma BDO, der Stadt Wädenswil ein gutes Zeugnis ausgestellt. Sie bestätige, dass die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2018 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften entspreche.

Speziell erwähnen wolle er bei den Immobilien, dass im Sommer 2018 der Kindergarten Toblerweg den Kindern habe übergeben werden können. Das Gebäude sei im Elementbau aus Holz erstellt worden. Das Projekt zeichne sich durch eine nachhaltige Energieerzeugung mittels Erdsondenwärmepumpe und Photovoltaikanlage aus. Die Bauarbeiten für den Kindergarten Meierhof hätten im Herbst 2018 begonnen. Auch bei diesem Bau in Elementbauweise aus Holz komme eine Heizung mit Erdsondenwärmepumpe zum Einsatz und das Dach werde vollumfänglich mit einer Photovoltaikanlage eingedeckt. Es werde das erste Gebäude der Stadt im Minergie-P Eco Standard sein. Der Kredit für den Ersatzneubau für Kindergarten und Hort sowie die Erweiterung der Schulräume sei durch das Stimmvolk im November 2018 an der Urne bewilligt worden. Die Bauarbeiten würden im Herbst starten. Auf dem Dach werde eine Photovoltaikanlage installiert.

Erfreulich sei auch, dass die Wohnungen, die sich im Finanzvermögen der Dienststelle Immobilien befänden, über das Jahr zu 98% vermietet oder verpachtet gewesen seien. Die Leerstände hätten somit 2% auf das gesamte Jahr betragen. Per Ende Jahr bestünden 48 Mietverhältnisse auf Wohnungen.

Der Stadtrat stelle mit Befriedigung fest, dass sich der städtische Haushalt stabilisiert und die Finanzlage ein Stück weit normalisiert habe. Er werde den eingeschlagenen Weg fortsetzen, weiterhin haushälterisch mit den Steuermitteln umgehen, aber gleichzeitig wo notwendig, die Investitionen in die Infrastruktur vorantreiben und dies bei einem stabilen Steuerfuss. Ein stabiler Steuerfuss sei sicher nicht der einzige, aber ein wichtiger Faktor für die Standortattraktivität und auch ein Legislaturziel des Stadtrats. Die Steuerkraft pro Einwohner sei mit CHF 3‘318.- ganze CHF 450.- oder 12% unter dem kantonalen Durchschnitt. Dies sei der

Stand von 2017. Die Zahlen 2018 stünden noch nicht zur Verfügung. Erfreulicherweise habe sich der Mix bei den privaten Steuerzahlern verbessert, da sich vermehrt auch Personen mit hohen steuerbaren Einkommen in Wädenswil niederlassen würden. In Wädenswil fehle es nach wie vor an Steuereinahmen von juristischen Personen. Mit einem Anteil von nur 7% an den Steuereinnahmen seien die Steuererträge der juristischen Personen sehr tief. Gute und stabile Rahmenbedingungen seien wichtig für Firmen, die neu nach Wädenswil zögen. Der Stadtrat führe Gespräche mit Firmen und Investoren und schaffe die nötigen Voraussetzungen, dass sich vermehrt Firmen in Wädenswil ansiedeln würden.

Zum Schluss wolle er noch ein spezielles Thema ansprechen und über die Pläne des Stadtrats informieren. Das Thema sei bereits anlässlich der Besuchswoche der GRPK angesprochen worden. 2020 werde die ZKB eine Jubiläumsdividende zu ihrem 150-jährigen Bestehen an die Gemeinden ausschütten. Diese einmalige Jubiläumsdividende werde zusätzlich zur jährlichen Dividende ausbezahlt. Nach heutigem Wissensstand werde die Jubiläumsdividende für Wädenswil ca. CHF 800‘000.- betragen. Ein stolzer Betrag. Die ZKB wünsche, dass die Mittel für, er zitiere: „besondere Zwecke verwendet werden, die im ordentlichen Budget keinen Platz haben“. Also etwas mit Visibilität für die Bevölkerung, etwas Nachhaltiges und über längere Zeit sichtbar. Der Stadtrat wolle die Dividende den Wünschen der ZKB entsprechend verwenden. Er dürfe für den Stadtrat diese Abklärungen übernehmen und sei diesbezüglich auch in Kontakt mit der lokalen ZKB-Filialleitung. Der Stadtrat habe bereits eine erste Diskussion über Ideen für mögliche Verwendungszwecke geführt und werde an der Stadtratsklausur anfangs Juli die geeignetsten Projekte selektieren und dann bis Ende August die Machbarkeit überprüfen. Es sei ihr Ziel, die Projekte im Budget 2020 oder einem späteren Budget abzubilden und so auch die nötige Transparenz zu schaffen und sicherzustellen, dass die Jubiläumsdividende auch dem Zweck entsprechend verwendet werde und nicht einfach in der Erfolgsrechnung untergehe. Sie kämen pro aktiv auf sie zu mit den Projekten, die der Stadtrat finde, dass sie sinnvoll seien und dem Zweck entsprächen.

Zum Schluss bitte er den Gemeinderat im Namen des Stadtrats, die Jahresrechnung 2018, die Sonderrechnungen, die Kreditabrechnungen, die Berichte zu den Leistungsaufträgen mit Globalbudgets der politischen Gemeinde zu genehmigen.

Zur laufenden Rechnung der einzelnen Abteilungen und gleichzeitig die FLAG-Teilprojekte: (blaue Ausgabe)

Präsidiales, S. 15 ff.

Mitglied der GRPK, Martin Schlatter, EVP, führt aus, dass es ihn freue, zum Präsidialen ein paar Erläuterungen abgeben zu können. Christina Zurfluh Fraefel und Christian Gross seien am 10. Mai 2019 vom Stadtpräsidenten Philipp Kutter und von der neuen Stadtschreiberin Esther Ramirez freundlich empfangen worden. Christina Zurfluh Fraefel sei freundlicherweise für ihn eingesprungen, da er zu dieser Zeit im Spital gewesen sei. Die im Voraus gestellten Fragen seien wie immer sehr gut und ausführlich beantwortet worden.

Die Rechnung 2018 der Abteilung Präsidiales schliesse mit einem Aufwand von CHF 8.1 Mio. und einem Ertrag von CHF 4.2 Mio. um CHF 0.1 Mio. besser ab als budgetiert. Der

Grund liege darin, dass einerseits der Aufwand im Rechnungsjahr 2018 mit einer Unterschreitung von CHF 17'000.- das Budget sehr genau eingehalten habe, und andererseits seien gleichzeitig die Erträge etwas höher als budgetiert ausgefallen. Dies sei nach wie vor auf die gute Geschäftsführung und die Sparanstrengungen zurückzuführen, die in der Abteilung Präsidiales konsequent durchgeführt worden seien. Der Aufwand sei 2018 gegenüber dem Vorjahr um CHF 0.4 Mio. gestiegen, da Wahlen bei der Schulpflege, dem Gemeinderat und der Kirchgemeinde stattgefunden hätten, die mit zusätzlichen Kosten von CHF 80'000.- zu Buche geschlagen hätten. Der Aufwand bei der Informatik sei auch um 130‘000.- höher gewesen als im Vorjahr. Es seien auch höhere Erträge erzielt worden, das sei klar. Insgesamt seien die Erträge gegenüber dem Vorjahr jedoch nur um CHF 100‘000.- gewachsen. Somit liege der Nettoaufwand um CHF 0.3 Mio. über dem Vorjahr. Die Kosten von knapp CHF 40‘000.- bei der Telefonie würden sämtliche Festnetzanschlüsse der Stadt beinhalten. Auf Anregung der GRPK werde das Leistungspaket beim aktuellen Anbieter Swisscom überprüft. Eine Vergleichsofferte solle alle zwei bis drei Jahre eingeholt werden. Speziell sei die Tatsache, dass die Kadermitarbeitenden über keine Mobile Abonnemente der Stadt verfügen, sondern bei Bedarf ihre privaten Geräte benützen würden.

Der Bericht über das Präsidiale sei dieses Jahr etwas kürzer aufgefallen. Der Grund liege darin, dass nicht viele Mängel vorlägen, was durchaus positiv gewertet werden könne.

Finanzen, S. 25 ff
Globalkredit Immobilien S. 228 - 232

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP, teilt mit, dass Marco Kronauer, Christina Zurfluh Fraefel und sie am 10. Mai 2019 die Abteilung Finanzen besucht hätten und sie freundlich empfangen worden seien. Alle Fragen seien wie immer ausführlich und kompetent beantwortet worden. Sie danke Walter Münch, Stefan Müller und Frank Wadenpohl für die Zeit und die gute Zusammenarbeit.

Der Aufwand der Abteilung Finanzen liege rund CHF 1.4 Mio. tiefer als budgetiert und somit rund CHF 0.4 Mio. höher als im Vorjahr. Die Abweichung gegenüber dem Budget sei auf die tieferen Investitionen und dadurch auf die tieferen Abschreibungen zurückzuführen. Ein höherer Aufwand gebe es beim Steueramt wegen Auszahlungen von Überstunden und eine Erhöhung von Stellenpensen. Erfreulich sei, dass wie im Budget 2018 prognostiziert, die Erträge der ordentlichen Steuern I deutlich gestiegen seien, nämlich um CHF 1.50 Mio. gegenüber 2017. Die nach wie vor hohen Quellensteuereinnahmen seien noch immer auf den Pendenzenabbau beim Kantonalen Steueramt zurückzuführen. Sehr erfreulich hätten sich die Einnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern entwickelt. Sie seien CHF 0.5 Mio. höher ausgefallen als budgetiert worden sei. Die positive Entwicklung der ordentlichen Steuereinnahmen der letzten Jahre schlage sich negativ auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich nieder, der 2018 um CHF 1.3 Mio. tiefer gewesen sei als 2017.

Die Ziele der Dienststelle Immobilien seien grossmehrheitlich erreicht worden. Im Immobilienbestand habe es keine strategischen Veränderungen gegeben. Bei der Vermietung habe es nur für notwendige Renovationsarbeiten kurze Leerstände gegeben.

Im Rahmen der Neubearbeitung einer Immobilienstrategie habe das System Vitruvius hinterfragt werden müssen. Leider sei dieses System für die städtische Verwaltung ungünstig und mehrheitlich unbrauchbar. Die Budgetierung, Finanzierung und Kontierung der öffentlichen Hand könne schlecht in dieses System übertragen werden. Vitruvius sei primär auf die Kontierung in der Privatwirtschaft ausgerichtet. Somit hätten leider nur rudimentäre Bestandsdaten erfasst werden können. Ein neues System werde zurzeit evaluiert, jedoch gebe es momentan noch kein geeignetes Programm für Verwaltungen.

Beim Konto „Heizung/Wärme“ gebe es eine deutliche Abweichung zum Budget 2018. Dies sei aber nicht auf einen erhöhten Energieverbrauch zurückzuführen. Vielmehr habe, unter anderem wegen zusätzlichen Containern für die Primarschule, mehr Fläche beheizt werden müssen. Zusätzlich laufe die Heizrechnung der Oberstufenschule im Schulhaus Steinacher neu über die Stadt und werde dann weiterverrechnet. Auch sei der Gaspreis um 14% gestiegen, was auch zu mehr Kosten geführt habe. Weiter würden sich die Investitionen der Wärmeverbunde in den Energiepreisen bemerkbar machen. Die investitionsbedingten Kosten seien momentan eher hoch, auf die Jahre hinaus jedoch werde die Stadt dank diesen Verbunden an Energiekosten sparen. Aktuell prüfe die Energiekommission die technische und wirtschaftliche Machbarkeit weiterer Energieverbunde bei den Schulhäusern Steinacher und Ort.

Planen und Bauen, S. 33 ff.
Globalkredite Planen und Bauen, S. 233 - 239

Mitglied der GRPK, Cornelia Dätwyler, FDP, sagt, dass sie zusammen mit Rita Hug die Abteilung Planen und Bauen besucht habe. Sie bedanke sich bei dieser Gelegenheit ganz herzlich bei Stadtrat Heini Hauser, Rita Newnam und Bruno Haagmans für die kompetente Beantwortung der Fragen.

Die Rechnung 2018 der Abteilung Planen und Bauen schliesse mit einem Nettoaufwand von rund CHF 6.0 Mio. ab, also rund CHF 0.3 Mio. besser als budgetiert. Auf der Aufwandseite sei insbesondere aufgefallen, dass die Beiträge an die Zürcher Planungsgruppe Zimmerberg (ZPZ) um rund CHF 30'000.- tiefer seien als budgetiert. Dies sei unter anderem darauf zurückzuführen, dass Dienstleistungen der Regionalplanung Zürich und Umgebung überprüft und diese nicht mehr im gleichen Ausmass in Anspruch genommen worden seien. Beim Seegüetli sei die Steuerung beim Tor ausgefallen und habe deshalb ersetzt werden müssen, was auf der Aufwandseite mit CHF 20'000.- zu Buche geschlagen habe. Unerwartete Erträge, rund CHF 80'000.- mehr als budgetiert, hätten Arbeiten im Bereich Bausekretariat und Feuerpolizei für Schönenberg und Hütten eingebracht. So sei der Bausekretär von Wädenswil in Hütten und Schönenberg eingesetzt worden. Zusätzlich seien die Baubewilligungen für Schönenberg als auch die feuerpolizeilichen Bewilligungen vollständig durch die Abteilung erstellt worden. Das habe den positiven Nebeneffekt gehabt, dass Planen und Bauen bereits vor dem Gemeindezusammenschluss die Gelegenheit gehabt habe, sich mit den lokalen Verhältnissen vertraut zu machen.

Werke, S. 45
Globalkredite Werke S. 239 - 247

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP, teilt mit, dass Rita Hug und er am 8. Mai 2019 die Gelegenheit wahrgenommen hätten die Abteilung Werke zu besuchen. Ein herzlicher Dank gehe an Ernst Brupbacher und Rolf Baumbach, die ihnen zwei Stunden zur Verfügung gestanden seien. Wie aus der Tabelle im Bericht und Antrag ersichtlich sei, lägen Aufwände und Erträge deutlich über den budgetierten Werten. Vor allem der Bezug von grösseren Mengen zu teilweise höheren Einkaufskosten, die jedoch den Kunden weiterverrechnet würden, habe zur grösseren Gesamtabweichung geführt. Da der Grossteil der Abteilung gebührenfinanziert sei, seien die Abweichungen saldoneutral. Die Gesamtrechnung zeige sich folglich als sehr ausgeglichen und schliesse mit einem kleinen Verlust von CHF 130‘000.- ab.

Auf Kostenstellenebenen würden die Abweichungen Ist/Budget deutlich auffallen. Aufgrund der Systemumstellung und der Einführung des werkinternen Rechnungswesens und Verrechnungssystems nach KMU-Kontenrahmenmodell, habe die Zuteilung im Budget wegen fehlenden Erfahrungswerten nur ungenau erstellt werden können. Aus Gesamtsicht relativiere sich dieses Problem, weil die Hilfskostenstellen mit Be- und Entlastungen der Kosten jeweils innerhalb der Werke weitergegeben werden können. Spätestens mit dem Rechnungsjahr 2020 würden sich die Ist- und Budgetwerte auf Kostenstellenebene besser vergleichen lassen.

Eine besondere Herausforderung sei und ist die aufwendige Datenübernahme aus den eingegliederten Gemeinden Hütten und Schönenberg gewesen, da die mangelnde Datenqualität häufig eine manuelle Überarbeitung und Erfassung der Daten in das werkinterne Verrechnungssystem erfordere.

Die zukünftigen Aktivitäten der Werke seien geprägt von der lokalen und nationalen Energiepolitik. Die Energieformen Wärme und Strom sowie die Energieproduktion mit Photovoltaik, Biogas, Geothermie, Power-to-Gas und die Stromspeicherung würden einen bereichsübergreifenden Ansatz der Energiestrategie erfordern. Die Energiemarktliberalisierung erhöhe die Wettbewerbsintensität und die Abteilung Werke gehe davon aus, dass weiterhin Druck auf die Margen entstehen werde.

Die FLAG-Ziele „Werterhaltung/Erneuerung Gasleitungsnetz bzw. Wasserleitungsnetz“ seien unter- bzw. überschritten worden, weil die definierten Indikatoren mehrjährige Durchschnittswerte abbilden würden und die kostenintensive Instandhaltungsarbeiten unterjährig zu grossen Abweichungen führe. Leider habe auch das FLAG Ziel Biogasanteil (aktuell 3% versus den budgetierten 5%) nicht erreicht werden können, weshalb die Werke einen 10% Biogasanteil in das Standardprodukt integrieren wollen.

Sicherheit, S. 61 ff.
Globalkredit Sicherheit S. 248 - 249

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP, sagt, dass Lukas Wiederkehr und er am 10. Mai 2019 die Abteilung besucht hätten. Ein herzliches Dankeschön gehe an Jonas Erni und Sebastian Epp für das zur Verfügung stellen von eineinhalb Stunden.

Die Abteilung Sicherheit habe eine Punktlandung erzielt. Die Budgetvorgaben hätten über die gesamte Abteilung gesehen vollumfänglich eingehalten werden können. Die Polizei sei dabei die bedeutendste Aufwandsposition gewesen. Auf der Aufwandseite befänden sich CHF 2.84 Mio. gegenüber dem erzielten Ertrag von CHF 2.17 Mio., was in einem Nettoaufwand von CHF 670‘000.- resultierte. Die Lohnaufwendungen seien dabei der Hauptkostenträger. Auf der Ertragsseite hätten im Wesentlichen die Parkplatzbewirtschaftung und Ordnungsbussen dagegen gehalten.

Die Polizei werde anhand eines Globalkredits gesteuert mit dem politischen Ziel: Sicherheit durch gezielte Prävention und Repression. Die Leistungsziele hätten im 2018 vollumfänglich erfüllt werden können. Als andere relevante Grösse seien die Rettungsdienste und Wehrabteilung wie Seerettungsdienst, Feuerwehr oder Zivilschutz auszumachen. Mit einem Totalaufwand von CHF 1.21 Mio. und Ertrag von CHF 0.26 Mio. resultiere ein Nettoaufwand von CHF 950‘000.-. Die Aufwendungen für Feuerwehr, Zivilschutz und Schiessbetriebe seien dabei die grössten Posten, wobei die Budgetvorgaben grossmehrheitlich eingehalten worden seien.

Schule und Jugend, S. 68 ff.
Globalkredit Freizeitanlage S. 249 -251

Mitglied der GRPK, Rita Hug, Grüne, führt aus, dass sie in einem kleinen Dorf im Zürcher Oberland aufgewachsen sei. Ihre Nachbarn seien Bauern gewesen, die tagein tagaus viel gearbeitet hätten. Jede Hand sei gefragt gewesen. So sei es immer wieder mal vorgekommen, dass die kleineren Kinder der Nachbarsfamilie für eine Weile im Hühnergehege eingeschlossen worden seien, damit die Eltern hätten vorwärts arbeiten können und die Kinder in Sicherheit gewesen seien. Sie sei sehr froh gewesen, dass sie selber keine Hühner gehabt hätten. Schon damals sei die Betreuung der Kinder ein grosses Thema gewesen. Auch später mit der Industrialisierung, als beide Elternteile in die Fabriken gegangen seien, hätten Grosseltern oder ältere Geschwister auf die Kleinen aufpassen müssen. Später hätten oftmals Fabrikantengattinnen Kinderbetreuungsstätten gegründet, da es auch immer wieder mal vorgekommen sei, dass Kinder alleine daheim gewesen seien. Dass Mütter ganz daheimbleiben und sich der Erziehung der Kinder widmen würden, sei eher ein neueres Phänomen, obwohl das nicht geglaubt werde, und sei jetzt schon fast wieder vom Aussterben bedroht. So fordere auch die Wirtschaft, dass Frauen, die eine teure Ausbildung genossen hätten, möglichst bald wieder ins Berufsleben zurückgehen würden. Sie sähen auch aus der Tabelle im Bericht und Antrag, dass die ausserschulische Betreuung von Kindern seit 2014 um fast 55% zugenommen habe. Das brauche Räumlichkeiten, Betreuungspersonal, Mahlzeitenlieferungen usw. Interessant sei, dass der Nettoaufwand immer etwa gleich geblieben sei, da die Eltern einen Teil der Kosten übernähmen. Das Organisatorische im Hintergrund,

damit wirklich jedes Kind einen Betreuungsplatz habe, sei aber enorm. Das sei ein Teil der Aufgaben der Abteilung Schule und Jugend.

Am 9. Mai 2019 habe sie zusammen mit Cornelia Dätwyler die Abteilung Schule und Jugend besuchen dürfen. Vielen herzlichen Dank an Stadträtin Alexia Bischof und Patrick Weil für die sehr gute Beantwortung aller Fragen und die offene Diskussion während des Besuchs.

Nicht nur die Betreuung der Kinder ausserhalb des Schulbetriebs sei ein „Hosenlupf“, nein, auch die Eingliederung der Kleinsten in den Kindergarten erweise sich als immer schwieriger. Irgendwie gebe es hier ein Missverhältnis zwischen den Bedürfnissen der Gesellschaft und dem Alter und der Entwicklung dieser Kleinkinder. Nach der Einführung des Harmos-Konkordats aus dem Jahr 2009 würden die Kids immer früher in den Kindergarten eingeschult. Offensichtlich sei diese Rechnung ohne die Entwicklung dieser Kinder gemacht worden. Viele seien noch nicht bereit, sich in einen strukturierten Ablauf zu integrieren. Für die Kindergartenlehrpersonen erweise sich das zunehmend als problematisch, da an einen ordentlichen Kindergartenbetrieb in den ersten Wochen nicht zu denken sei. Umso interessanter finde sie die Idee der Abteilung Schule und Jugend, den Kindergartenklassen bei Bedarf und bis zu den Herbstferien Assistentinnen in einem befristeten Arbeitsverhältnis zur Verfügung stellen. Sie würden die Kindergärtnerinnen bei dem „on-boarding“ der Kindergärtner unterstützen. Das sei ein Pilotprojekt und sie werde sicher an einer nächsten Sitzung darüber berichten können, ob sich das bewährt habe.

Der Nettoaufwand der Abteilung Schule und Jugend habe sich seit der Rechnung 2017 um eine Million erhöht. Kritische Worte zur Schule hätten sie bereits gehört. Der Grund sei, dass Vikariatskosten infolge langer Krankheitsabwesenheiten bezahlt werden mussten, in der Schulanlage Ort sei ein neuer Kindergarten eröffnet worden und in der Schuleinheit Au sei eine neue 4. Klasse in Betrieb genommen worden. So sei es eben, es gebe immer mehr Kinder und somit mehr Schülerinnen und Schüler.

Sie wisse, dass die steigenden Kosten der Schule immer wieder zu Diskussionen und Kritik Anlass gäben. Es werde immer wieder nachgefragt, ob wirklich so viele Lehrpersonen benötigt würden, ob die Stunden der Heilpädagoginnen und -pädagogen wirklich angemessen seien usw. Eine gute Budgetkontrolle finde sie wichtig. Sie wolle aber gerne den anwesenden Gemeinderäten und Stadträten ein paar Gedanken mitgeben. Es werde immer mehr gebaut. Bei diesen vielen neuen Bauprojekten müsse die Ausnützung möglichst hoch sein. Es gebe immer mehr Personen, die nach Wädenswil zögen. Diese Leute hätten in der Regel auch Kinder. Wenn hier im Rat eine hohe Ausnutzung befürwortet werde, müsse damit gerechnet werden, dass es auch mehr Kinder gebe. Die Kinder bräuchten Schulräume, Turnhallen, Computer, Schulmaterial, Betreuungs- und Lehrpersonen. Dass die Kosten jedes Jahr steigen würden, müsse ihnen bewusst sein, wenn der Rat Grossprojekten zustimme. Weiter frage sie sich, wenn beispielsweise ein neues Quartier entstehe, warum eine Miete für einen Kindergarten grösser ausfalle als vorher. Sie frage sich, warum die Investoren, die von allen die Glücklichsten seien, nicht vermehrt in die Pflicht genommen würden, indem sie sich an den Kosten beteiligen müssten. Sie habe noch ein weiteres Beispiel. Es sei noch nicht so lange her, da habe dieses Parlament das Schulhausprojekt „Grisu“ in die Wüste geschickt. Jetzt, einige wenige Jahre später, komme das gleiche Projekt wieder, einfach teurer.

In der Zwischenzeit hätten Schulcontainer für CHF 80'000.- pro Jahr gemietet werden müssen, damit die Schülerinnen und Schüler ein Dach über dem Kopf hätten. Irgendetwas habe hier mit der Planung nicht gestimmt. Offenbar werde der Schulraum benötigt. Er komme jetzt einfach später und in der Zwischenzeit sei zusätzlich viel Geld ausgegeben worden. Sie setze sich weiterhin für eine gute Budgetkontrolle ein. Sie erwarte aber, dass der Stadtrat ein guter Verhandlungspartner bei den Investoren sei. Diese sollen dazu verpflichtet werden, sich an den zusätzlichen Kosten zu beteiligen, die für die Stadt anfallen würden. Sie erwarte auch vom Gemeinderat, dass er künftige Projekte kritisch hinterfrage und sich nicht von irgendwelchen schönen Power-Point Präsentationen blenden lasse.

Zum Abschluss habe sie noch ein paar versöhnliche Worte. Sie bedanke sich herzlich bei allen Mitarbeitenden der Stadt Wädenswil, die sich für eine gute Schule einsetzen würden. Die Schule sei super.

Soziales, S. 75 ff.
Globalkredite Soziales S. 252 - 256
Globalkredit Alterszentrum Frohmatt, S. 256 - 259

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP, sagt, dass Judith Fürst und er am 8. Juni 2019 die Abteilung Soziales und das Alterszentrum Frohmatt besucht hätten. Ein Dank gehe an Stadträtin Astrid Furrer, Miriam Liechti, Abteilung Soziales, sowie Cristian Rentsch und Fabian Risler, Alterszentrum Frohmatt. Viele Fragen habe es nicht zu diskutieren gegeben. Für ihn als Neuling im Rat sei es interessant gewesen, einen Einblick in die verschiedenen Bereiche zu erhalten. Er hoffe, er müsse noch nicht so schnell ins Alterszentrum Frohmatt.

Er komme zuerst zur Abteilung Soziales. Die Rechnung sei gegenüber dem Budget erfreulich ausgefallen. Der Nettoaufwand sei um CHF 1.9 Mio. geringer ausgefallen. Im Vergleich zum Jahr 2017 sei das ein stabiler Wert, wenn beachtet werde, dass der Aufwand von CHF 35.4 Mio. um CHF 200‘000.- höher sei und der Ertrag mit CHF 15.0 Mio. um CHF 400‘000.- geringer ausgefallen sei. Das sei entgegen den Erwartungen gewesen, da zum Beispiel im Bereich Sozialversicherungen von einem jährlichen Fallwachstum von 5% ausgegangen werde, was jedoch nicht so eingetroffen sei. Das Fallwachstum komme daher, weil die Menschen tendenziell immer älter und die Fälle immer komplexer würden. Dementsprechend seien im 2018 100 Stellenprozente mehr bewilligt worden und auch Springereinsätze seien nötig gewesen. Ebenso noch offen sei, wie sich die Situation bei den Flüchtlingen weiterentwickle, die von Sozialhilfe abhängig seien. Im Globalkredit Asylwesen sei es relativ schwierig geworden, da die Anzahl der Asylanträge 2018 tiefer gewesen seien. Das heisse, dass das Kontingent, das der Stadt Wädenswil zustehe, nicht ausgeschöpft worden sei. Dementsprechend sei das Geld des Bundes auch nicht eingetroffen. Im September 2018 sei ein neues Projekt mit der Asylorganisation Zürich gestartet worden. Es gehe darum, Kleinkinder zu integrieren, damit die Eltern später bei der Einschulung die Angebote besser kennen würden, die es gebe. Die Nachfrage sei recht hoch und es sei sicherlich interessant, wie es sich weiterentwickle.

Beim Alterszentrum Frohmatt sei es so, dass der Nettoertrag von CHF 1.1 Mio. ein sehr gutes Ergebnis sei. Der Aufwand sei rund CHF 500‘000.- höher als budgetiert. Dies darum,

weil ca. CHF 100‘000.- für mehr Pflegepersonal und Betreuung sowie CHF 400‘000.- für temporäre Arbeitskräfte eingesetzt werden mussten. In mehreren Parteien habe es Fragen aufgeworfen, warum CHF 400'000.- für temporäre Arbeitskräfte ausgegeben worden seien. Im 2018 habe es 1‘544 Tage Krankheits- und Unfallabsenzen gegeben. Im Vergleich zum 2017 sei diese Zahl einiges höher. Im 2015 seien es bereits einmal 1‘641 Tage gewesen. In der Pflege sei der Frauenanteil hoch und oftmals seien die Ausfälle nicht planbar infolge Schwangerschaft oder was auch immer. Die Frohmatt sei sich bewusst, dass die Kosten für temporär Angestellte rund 30% höher seien als bei Festanstellungen. Zudem werde bei immer wieder wechselnden Personen das Arbeitsklima aufgemischt.

Interessant sei sicher auch gewesen, was sonst noch so laufe. Sie hätten eine Führung gehabt und sich im Haus Berg diverse Sachen angeschaut, was demnächst anstehe und was nicht. Das gebe sicherlich noch zu Diskussionen Anlass. Die Rollstuhlgängigkeit bei den einzelnen Zimmern sei momentan nicht ganz gegeben, da es überall Schwellen habe. Zudem seien auch die sanitären Anlagen in die Jahre gekommen. Das Alterszentrum Frohmatt rechne in 5 Jahren mit einem Bedarf von CHF 5.0 Mio., längerfristig mit CHF 10.0 Mio. Er frage sich, was der eigentliche Bedarf überhaupt sei. Es seien Vorabklärungen zu treffen, was in Zukunft gewollt werde und was das Bedürfnis der Gesellschaft sei, bevor einfach CHF 5.0 oder CHF 10.0 Mio. investiert würden. Die Auslastung des Alterszentrums Frohmatt von 98.7% gegenüber dem Vorjahr von 98% sei erfreulich.

Weiter sei mit der Eingliederung von Schönenberg und Hütten das Altersheim Stollenweid in die Frohmatt integriert worden. Cristian Rentsch habe bereits Mitte 2018 die Leitung übernommen. Bereits habe es erste Anpassungen gegeben. So sei die Demenzabteilung geschlossen worden, da mit vier Demenzkranken kein kostendeckender Betrieb geführt werden könne. Dazu wären im Alterszentrum Frohmatt 14 Bewohner notwendig. Die vier Personen hätten umgeteilt werden können, eine davon sei in die Demenzabteilung der Frohmatt gekommen. Ihm sei es wichtig zu sagen, dass aus der Rechnung von Schönenberg herausgenommen werden könne, dass die Stollenweid 2018 defizitär gewesen sei und es auch im 2019 laut Aussagen der beteiligten Personen nicht viel besser aussehe. Die Auslastung sei tief und die Attraktivität sei nicht gegeben. Es müsse überlegt werden, was in Zukunft gewollt werde um es aktiv zu gestalten.

Gesundheit, S. 90 ff.
Globalkredit Bäder S. 260 - 261

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, FDP, teilt mit, dass er und Lukas Wiederkehr am 10. Mai 2019 die Abteilung besucht hätten. Er danke Jonas Erni und Sebastian Epp herzlich. Die aktuelle Rechnung sei im selben Rahmen wie der Rechnungsabschluss 2017. Leider hätten die erhoffen Budgeteinsparungen nicht vollumfänglich umgesetzt werden können.

Der höhere Aufwand resultiere vor allem aus der Budgetüberschreitung der Kostenstelle Krankenpflege um CHF 740‘000.-. Die Bäder hätten mit 140‘000.- überschossen und würden dabei den zweiten Faktor für den Mehraufwand darstellen. Gründe für die Budgetüberschreitung in der Krankenpflege seien die Mehraufwendungen für Pflegebeiträge von CHF

440‘000.- und Spitexbeiträge von CHF 310‘000.- Vor allem die Pflegebeiträge würden wiederholt eine Budgetüberschreitung ausweisen. Statt den budgetierten CHF 5.52 Mio. seien CHF 5.96 Mio. ausgegeben worden. Dabei habe festgehalten werden müssen, dass die Budgetüberschreitung gegenüber den Vorjahren massiv verkleinert werden konnte und die Budgetplanung immer genauer werde. Der Aufwand werde massgeblich durch das vom Kanton festgelegte Normdefizit pro Pflegestufe beeinflusst, das jeweils erst im August des laufenden Jahrs bekannt sei. Die Statistik über die letzten drei Jahre zeige, dass die Anzahl der Pflegetage pro Pflegestufe Jahr für Jahr sehr unterschiedlich sei, was eine Budgetierung zusätzlich erschwere. Aus der Statistik lasse sich jedoch ableiten, dass eine Verschiebung der Pflegetage in höhere Pflegestufen stattfinde, während sich die Anzahl pflegebedürftiger Personen in den Vorjahren auf einem konstanten Niveau befunden habe. Die Abteilung habe bereits Massnahmen für eine zukünftig realistischere Budgetierung getroffen. Die Spitexbeiträge in der Höhe von CHF 1.39 Mio. würden das Budget von CHF 1.08 Mio. um CHF 310‘000.- übersteigen. Dies sei auf eine höhere Anzahl Patienten als geplant zurückzuführen.

Bei den Bädern sei die Budgetüberschreitung auf verschiedene Kontengruppen zurückzuführen. Ein Ausreisser sei bei der Besoldung Strandbad auszumachen. Diese sei wesentlich durch den krankheitsbedingten Ausfall eines Bademeisters beeinflusst worden. Die Leistungsziele für den Globalkredit Badeanlagen hätten mehrheitlich erreicht werden können. Während die Besucherzahlen im Strandbad und Seebad übertroffen worden seien, habe das Ziel von CHF 100‘000 Besuchern im Hallenbad mit 83'815 Besuchern nicht erreicht werden können. Dazu müsse gesagt werden, dass es ein besonderer Sommer gewesen sei und das habe sich gerächt. Attraktivitätssteigerungen seien geplant und wie sie in der Zeitung bereits hätten lesen können, werde im Sommer 2019 in eine Rutschbahn investiert. Weiter sei man beim Kostendeckungsgrad bei den Freibädern mit knapp 30% anstatt 40% noch sehr weit vom Ziel entfernt, wobei eine klare Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ersichtlich sei (22.07%). Der Kostendeckungsgrad beim Hallenbad nähere sich weiter dem Ziel von 60% an und liege aktuell bei 54.38% (2017: 53.73%). Die Abteilung wolle sich dem ambitionierten Ziel weiter annähern. Auch dort seien bereits Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung eingeführt worden.

Zur Investitionsrechnung, S. 153 ff.

Mitglied der GRPK, Martin Schlatter, EVP, führt aus, dass beim Verwaltungsvermögen 2018 wie im Vorjahr die Ausgaben deutlich unter dem Budget gelegen seien. Dies hätten sie bereits von Stadtrat Walter Münch gehört. Wegen Projektverzögerungen sei weniger in Sachgüter investiert worden. Die Ausgaben hätten 2018 CHF 15.9 Mio. gegenüber einem Budget von CHF 24.1 Mio. betragen. Das entspreche einer Ausschöpfung von zwei Drittel. Die Ursache seien wie immer Verzögerungen im Bauwesen gegenüber der Planung. Dies gehöre irgendwie einfach zum Bauen. Beim Umbau Werkhof Winterberg seien beispielsweise für das vergangene Jahr rund CHF 5.5 Mio. budgetiert, jedoch erst die Hälfte investiert worden. Die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen wie auch die konsolidierten Ausgaben entsprächen 2018 praktisch dem Niveau von 2017.

Beim Finanzvermögen resultieren 2018 anstelle der budgetierten negativen Nettoinvestitionen von CHF 6.9 Mio. negative Nettoinvestitionen von CHF 1.7 Mio. Dies sei wie bereits im Rechnungsjahr 2017 auf die zeitlich verschobenen Einnahmen der Verkäufe Gewerbeland

Rütihof zurückzuführen. Im 2018 seien dort Einnahmen von CHF 10.0 Mio. geplant gewesen und es sei im vergangenen Jahr erst gut die Hälfte eingenommen worden, was weiter nicht schlimm sei.

Die Investitionsrechnung sehe relativ positiv aus. Natürlich müsse berücksichtigt werden, dass der Landverkauf Rütihof mit Ausgaben in einem Jahr und Einnahmen in späteren Jahren ein Sonderfall in der Investitionsrechnung darstelle. Die Investitionen seien grundsätzlich immer noch hoch. Darum herrsche, wie die Zürichsee-Zeitung vom 14. Juni 2019 schreibe, verhaltene Freude nicht nur über die Laufende Rechnung, sondern auch über die Investitionsrechnung.

Abrechnung Politisches Gemeindegut (Bau- und Kreditabrechnungen), S.210 - 213

Gemeinderatspräsident André Zürrer teilt mit, dass die GRPK dem Gemeinderat die Abnahme der folgenden Bau- und Kreditabrechnungen beantrage:

- Alterszentrum Frohmatt; Sanierung und Erneuerung
- Oberstufenschulhaus Rotweg; Ersatz und Neubau
- Wartehäuschen Seeplatz; Sanierung und Erweiterung

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, sagt, als Ausschuss der GRPK hätten Lukas Wiederkehr und sie folgende drei Bauabrechnungen geprüft:

- Alterszentrum Frohmatt mit budgetierten CHF 19.6 Mio. und effektiven CHF 25.6 Mio., also knapp CHF 6.0 Mio. Kreditüberschreitung oder plus 30%.

- Oberstufenschulhaus Rotweg mit budgetieren CHF 25.7 Mio. und effektiven CHF 26.2 Mio., gut CHF 400'000.- mehr, was einer Kreditüberschreitung von 1.71% entspreche.

- Wartehäuschen Seeplatz mit budgetierten CHF 600‘000.- und effektiven CHF 635‘000.-, was einer Kreditüberschreitung von 5. 9% oder CHF 35'000.- entspreche.

Die Abwicklung der drei Bauabrechnungen sei mittels Analysen und Datenerhebungen auf der Basis von Stichproben durchgeführt worden. Dabei seien die Einhaltung des städtischen Submissionsleitfadens, die verwaltungsinternen Zuständigkeiten bei der Kreditvergabe, die Plausibilisierung der Kreditabweichungsbegründungen sowie das Vorhandensein von Abnahmeprotokollen und Garantiescheinen im Prüfungsfokus gestanden. Ausserdem sei beurteilt worden, ob das umgesetzte Resultat inhaltlich der Kreditvorlage entsprochen habe.

Die Aufarbeitung von weit zurückliegenden Ereignissen sei grundsätzlich eine Herausforderung. Zwischen Kreditbeschlüssen und Vorlage der Bauabrechnung seien beim Projekt Frohmatt einige Jahre vergangen. Im Vorjahr hätten sie die Bauabrechnungen für den Wettbewerb und die Projektierung des Alterszentrums Frohmatt geprüft. Da zum Abrechnungszeitpunkt ein Finanzierungsbeitrag des Kantons noch pendent gewesen sei, sei die Bauab-

rechnung für den Um- und Erweiterungsbau selber erst jetzt abschliessend behandelt worden. So sei klar, dass die Kreditüberschreitung von knapp CHF 6.0 Mio. absolut unbefriedigend und kein Ruhmesblatt für den Stadtrat seien.

Die Aufarbereitung des Bauprojekts habe ergeben, dass die höheren Kosten insbesondere auf entstandene Diskrepanzen zur Vorprojektplanung entstanden seien. Für ein solch spezielles Bauvorhaben seien zu wenig vertiefte Vorabklärungen durchgeführt worden. So seien zwingende, bauliche Anpassungen und teilweise gesetzliche Abhängigkeiten unbeachtet geblieben. Dabei habe sich gezeigt, dass die Weichen eines solchen Grossprojekts bei der Planung gestellt würden. Obwohl das Bauprojekt in drei Bauabrechnungen aufgegliedert worden sei, hätten sich die Auswirkungen der vorgelagerten Prozesse (Planung, Ausschreibung, Projektierung) bei den effektiven Sanierungs- und Erneuerungsarbeiten bemerkbar gemacht. Deshalb werde bei Submissionen Folgendes vorgeschlagen: Es sollen interne Checklisten zur Anwendung kommen, damit der ganze Prozess von der Ausschreibung bis zur Auswahl klar geregelt sei, auch um Rechtsrisiken und -streitigkeiten zu minimieren. Bei freihändigen Vergaben solle die Stadt für solche Projekte eine Mindest- und eine Obergrenze der Anzahl Offerten definieren. Weiter solle beispielsweise zentral eine Liste geführt werden, in der aufgeführt werde, an wen Aufträge vergeben worden seien und wie zufrieden man mit der Ausführung gewesen sei. So könne abteilungsübergreifend von gesammelten Erfahrungen profitiert werden. Weiter würden sie vorschlagen intern festzulegen, ab welchem Bauvolumen und bei welchen Bauvorhaben eine Baukostenversicherung abgeschlossen werden solle. Beim Projekt Rotweg habe sich dieses Vorgehen bewährt.

Betreffend Bauabrechnungen hätten sie nicht feststellen können, dass in der Zwischenzeit klare Dokumentationsvorgaben eingeführt worden seien, wie sie in ihrer letztjährigen Rede erwähnt habe. Eine solche Checkliste sei empfehlenswert und absolut zentral, nicht nur für die GRPK, die die Bauabrechnungen prüfe. Was weiter auffalle sei, dass es keine Gesamtstrategie zu Kindergarten- und Schulhausbauten bei der Stadt gebe. Dies sei jedoch wünschenswert, um einen möglichst einheitlichen Baustil, ähnliche Raumkonzepte und vor allem auch darum, damit die Verschwendung von Raum nicht plötzlich zum städtischen Trend werde. Deshalb werde sie dem Stadtrat dringend empfehlen, einen Studienauftrag für die diversen Gebäude, die Kindergarten- oder Schulhausbauten beträfen, in Auftrag zu geben. Eine mögliche Vorgabe dazu sei, diese nach Grösse zu unterscheiden, beispielswiese in S, M und L-Grösse Gebäudevarianten. Es müsse jedoch unbedingt ein Studienauftrag und ja kein Architekturwettbewerb sein, damit keine Abhängigkeiten bestünden. Es stünden noch viele Projekte an und sie würden sich freuen, wenn künftige Bauabrechnungen die neu gewonnene Grösse und die Professionalität der Stadt widerspiegeln würden.

Schlussabstimmung über die Bau- und Kreditabrechnungen
Der Rat verabschiedet die Bau- und Kreditabrechnungen grossmehrheitlich.

Schlussabstimmung über die Rechnung der politischen Gemeinde Wädenswil 2018:
Der Rat verabschiedet die Jahresrechnung 2018, die Sonderrechnungen und die Globalkredite mit Leistungsberichten der FLAG-Teilprojekte 2018, einstimmig.

10.06

4. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde Schönenberg für das Jahr 2018

Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement GR entfällt die Eintretensdebatte.

Detailberatung:

Präsidentin der GRPK, Christina Zurfluh Fraefel, SVP, führt aus, dass die GRPK am 4. April 2019 über den Jahresabschluss von Schönenberg vom vergangenen Jahr von Andrea Schnieper, Leiterin Finanzen der ehemaligen Gemeinde Schönenberg, sowie von den Verantwortlichen der Stadt informiert worden sei.

Bei einem Gesamtaufwand von CHF 14.0 Mio. und einem Gesamtertrag von CHF 13.2 Mio. resultiere ein Aufwandüberschuss bzw. ein Defizit von knapp CHF 900‘000.-. Das Defizit resultiere aus tieferen Erträgen beim Altersheim Stollenweid von über CHF 800'000.- sowie aus höheren Ausgaben, vor allem beim Unterhalt von diversen Liegenschaften der Gemeinde.

Die grössten Abweichungen der Investitionsrechnung gegenüber dem Budget seien:

- Rückzahlung Darlehen See-Spital von CHF 200‘000.-.
- Aufschub der Sanierung des Schiessstands im Betrag von CHF 135‘000.-.
- Beim generellen Entwässerungsplan GEP seien CHF 113‘000.- zu wenig budgetiert worden. Vom Kanton stamme die Auflage, den Zustand von Leitungen mittels Kabelfernsehen zu überprüfen.
- Der Kanton sei mit seinem Projekt betreffend Bushaltestellen nicht à jour, weshalb CHF 105‘000.- nicht ausgegeben worden seien. Es sei geplant, die Bushaltestelle bei der früheren Post aufzuheben und neu beim Dorfhuus einzurichten. Ausgangs Dorfteil Richtung Hütten werde es auf der Höhe der früheren Ablaugerei eine neue Wendeschlaufe geben.
- Die Asphaltierung eines Kiesplatzes sei CHF 74‘000.- teurer gewesen, dafür habe der Ersatz von Wasserleitungen CHF 59‘000.- weniger gekostet. Ebenfalls sei beim Ersatz von Abwasserleitungen CHF 50‘000.- weniger ausgegeben worden.
- Beim Dorfhuus sei für die Projektierung und Sanierung sowie für den Ersatz der Schliessanlage insgesamt CHF 56‘000.- mehr investiert worden.
- Beim Altersheim Stollenweid seien der Dachstockumbau und der Brandschutz dazugekommen, deshalb sei der Betrag um CHF 21'000.- höher ausgefallen.
- Die Sanierung des Schulhauspausenplatzes habe Mehrkosten von CHF 16‘000.- generiert.

Die Nettomehrausgaben hätten insgesamt CHF 354‘000.- betragen.

Das Budget 2018 habe aufgrund der verschobenen Eingemeindung relativ rasch und zügig erarbeitet werden müssen. Es sei ein Defizit von CHF 343‘000.- budgetiert worden. Das

Budget habe sich aber um total CHF 511‘000.- verschlechtert, was einen Gesamtaufwandüberschuss von CHF 854‘000.- ergebe.

Die grössten Abweichungen in der Laufenden Rechnung gegenüber dem Budget seien gewesen:

- Der Buchgewinn von CHF 178‘000.- sei durch den Verkauf von zwei Grundstücken, die im Verwaltungsvermögen gewesen seien, entstanden.
- Bei der Gemeindeverwaltung hätten weniger Aushilfsentschädigungen bezahlt werden müssen.
- Die Besoldung, Überzeit- und Abfindungszahlungen seien schwierig zu budgetieren gewesen und seien schlussendlich höher ausgefallen, insbesondere aufgrund einer zusätzlichen Stelle bei den Liegenschaften.
- Bei der Pflegefinanzierung sei wiederum weniger ausgegeben worden.
- Bei den Steuern hätten erfreulicherweise CHF 118‘000.- mehr eingenommen werden können.
- Die wirtschaftliche Hilfe sei ebenfalls um rund CHF 100‘000.- weniger beansprucht worden.
- Dafür sei mehr im Liegenschaftsunterhalt gemacht worden und auch das Asylwesen sei höher belastet worden.

Auf die Stadt Wädenswil sei schlussendlich eine Bilanzsumme von CHF 11.92 Mio. übertragen worden. Speziell sei zu erwähnen, dass ein Legat im Wert von 600‘000.- existiere. Die Zusammenführung mit bestehenden Legaten der Stadt Wädenswil werde geprüft und wenn möglich vorgesehen.

Eine Subkommission der GRPK habe an der Besprechung mit der externen Revisionsstelle BDO und den eingangs erwähnten Verantwortlichen teilgenommen. Die BDO habe Folgendes überprüft:

- alle Bestandesnachweise
- zwei Landverkäufe
- BVK-Pensionskasse
- Umsetzungsstand der früheren Empfehlungen

Sie habe ein paar buchungstechnische Hinweise gegeben und speziell erwähnt, dass es sehr hilfreich gewesen sei, dass bereits im 2018 anlässlich der Sachbereichsrevision sehr viele Punkte gemeinsam besprochen und geklärt werden konnten, so dass die Rechnungsprüfung nicht mehr allzu viel Aufwand verursacht habe. Die BDO habe die finanztechnische Prüfung der Rechnung 2018 vorgenommen und empfehle, diese zu genehmigen.

Finanzpolitisch könne festgehalten werden, dass aufgrund höherer Aufwände und tieferen Erträgen die Jahresrechnung 2018 mit einem Minus von CHF 854‘705.- abschliesse. Sie von der GRPK hätten natürlich eine schwarze Null bevorzugt, könnten das Ergebnis aber aufgrund der Darlegungen nachvollziehen.

Sie würden sich bei den Verantwortlichen der ehemaligen Gemeinde Schönenberg für die sorgfältige Arbeit und die kooperative Zusammenarbeit bedanken. In einem sehr ungewöhnlichen Umfeld unter nicht ganz einfachen Bedingungen sei hier professionelle Arbeit geleistet worden.

Mit dem neuen Ortsteil Schönenberg kämen 1'861 Einwohner zur Stadt Wädenswil dazu. Sie als GRPK würden alle herzlich willkommen heissen und ständen für Anliegen aus der Bevölkerung von Schönenberg gerne zur Verfügung.

Im Namen der einstimmigen GRPK beantrage sie, die Rechnung 2018 zu genehmigen. Zustimmung zur Annahme gebe es auch von der SVP-Fraktion.

Stadtrat Finanzen Walter Münch sagt, dass Christina Zurfluh Fraefel bereits alles im Detail erklärt habe. Er wolle nicht alles nochmals wiederholen. Er wolle sich im Namen des Stadtrats Wädenswil beim Gemeinderat von Schönenberg und der Verwaltung für die geleistete Arbeit im 2018 bedanken. Die saubere Geschäftsführung habe auch die BDO bei der Revision bestätigt.

Er bitte den Gemeinderat im Namen des Stadtrats, die Jahresrechnung 2018 der Politischen Gemeinde Schönenberg zu genehmigen.

Schlussabstimmung über die Rechnung der politischen Gemeinde Schönenberg 2018:
Der Rat verabschiedet die Jahresrechnung 2018 einstimmig.

10.06
5. Abnahme der Rechnung der politischen Gemeinde Hütten für das Jahr 2018

Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement GR entfällt die Eintretensdebatte.

Detailberatung:

Präsidentin der GRPK Christina Zurfluh Fraefel, SVP, teilt mit, dass die GRPK an der Sitzung vom 4. April 2019 über den Jahresabschluss 2018 von Hütten von Christoph Oberhänsli, Springer Finanzen der ehemaligen Gemeinde Hütten, sowie von den Verantwortlichen der Stadt informiert worden sei.

Bei einem Gesamtaufwand von CHF 6.4 Mio. und einem Gesamtertrag von CHF 6.9 Mio. resultiere ein Ertragsüberschuss von CHF 0.5 Mio. Das positive Ergebnis resultiere daraus, dass einerseits Aufwände tiefer und andererseits Erträge höher ausgefallen seien. Bei den Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen falle ein Einnahmenüberschuss von CHF 18'833.- an.

Die wichtigsten Abweichungen der Investitionsrechnung gegenüber dem Budget seien:

- Bei den Strassen (Substanzerhalt/Neuteerung) seien CHF 108‘000.- weniger aufgewendet worden.
- Rückzahlung Darlehen See-Spital von CHF 62‘000.-.
- Bei Hang- und Stützmauersanierungen, Werterhalt Leitungsnetz Wasserversorgung und Kanalisation und Netzsanierung Abwasser seien je CHF 50‘000.- nicht umgesetzt worden.

Die wichtigsten Abweichungen in der Laufenden Rechnung gegenüber dem Budget seien:

- Der Sonderlastenausgleich von CHF 280‘000.-, der als Einnahme budgetiert worden, jedoch aufgrund des positiven Rechnungsergebnisses weggefallen sei.
- Die Mehrerträge bei den Steuereinnahmen hätten CHF 250'000.- betragen, wovon CHF 142'000.- auf den Bereich der Grundstückgewinnsteuern entfallen würden.

Insgesamt habe das Budget eine Verbesserung von CHF 515‘599.- erfahren.

Eine Subkommission der GRPK habe an der Besprechung mit der externen Revisionsstelle BDO und den eingangs erwähnten Verantwortlichen teilgenommen. Speziell erwähnt worden sei, wie hilfreich es gewesen sei, dass bereits im 2018 anlässlich der Sachbereichsrevision sehr viele Punkte gemeinsam besprochen und geklärt werden konnten, so dass die Rechnungsprüfung nicht mehr allzu viel Aufwand verursacht habe. Die BDO empfehle die Rechnung 2018 zu genehmigen.

Die finanzpolitische Prüfung der Jahresrechnung gebe zusammengefasst zu folgenden Bemerkungen Anlass: Aufgrund tieferer Aufwände und höherer Erträge schliesse die Jahresrechnung 2018 mit einem Plus von CHF 455'000.-.

Die GRPK bedanke sich bei den Verantwortlichen der ehemaligen Gemeinde Hütten für die sorgfältige Arbeit, die kooperative Zusammenarbeit und den erfreulichen Abschluss in einem Umfeld mit vielen Herausforderungen unter nicht immer einfachen Bedingungen.

Mit dem neuen Ortsteil Hütten kämen 896 Einwohner zur Stadt Wädenswil dazu. Die GRPK heisse auch diese herzlich willkommen und stehe für Anliegen aus der Bevölkerung von Hütten gerne zur Verfügung.

Im Namen der einstimmigen GRPK beantrage sie, die Rechnung 2018 zu genehmigen. Zustimmung zur Annahme gebe es auch von der SVP-Fraktion.

Stadtrat Finanzen Walter Münch begrüsst ganz speziell Hans Hauser. Er sei ehemaliger Gemeinderat Finanzen. Es sei schön, dass er nach Wädenswil gekommen sei.

Der Gemeinderat Hütten hätte sicher gerne selber diesen letzten und positiven Abschluss der ehemaligen Gemeinde Hütten präsentiert. Es sei schön, wenn so abgeschlossen werden könne.

Christina Zurfluh Fraefel habe auch hier bereits alles erwähnt. Die BDO habe festgestellt, dass alles korrekt abgelaufen sei.

Er bitte den Gemeinderat im Namen des Stadtrats, die Jahresrechnung 2018 der Politischen Gemeinde Hütten zu genehmigen.

Schlussabstimmung über die Rechnung der politischen Gemeinde Hütten 2018:
Der Rat verabschiedet die Jahresrechnung 2018 einstimmig.

16.04.33
6. Abnahme des Geschäftsberichts des Stadtrats für das Jahr 2018

Gemäss Art. 25 Abs. 2 Geschäftsreglement GR entfällt die Eintretensdebatte.

Detailberatung:

Präsidentin der GRPK Christina Zurfluh Fraefel, SVP, wünscht das Wort nicht mehr.

Stadtpräsident Philipp Kutter teilt mit, dass im 2018 der Gemeindezusammenschluss ein sehr prägendes Projekt in einer heissen Phase gewesen sei. Nach aussen habe es relativ unspektakulär ausgesehen, aber da Wädenswil noch nie einen Gemeindezusammenschluss vorgenommen habe, sei es etwas sehr Spezielles gewesen. Alle Kernprozesse seien im Innersten betroffen gewesen. Es hätten Daten und Verträge zusammengeführt werden müssen. Nach einem halben Jahr könne gesagt werden, es funktioniere und das sei nicht selbstverständlich. Er nutze die Gelegenheit, allen zu danken, die mitgewirkt hätten. Er bitte um Verständnis, dass unter den gegebenen Umständen wie beispielsweise HRM2, das Leitbild vernachlässigt worden sei. Das Leitbild werde aber erstellt.

Stadtrat Finanzen Walter Münch dankt der Verwaltung für das riesige Dokument, hinter dem ein grosser Aufwand stecke. Der Geschäftsbericht sei ein gutes Nachschlagewerk für den Gemeinderat und alle Interessierten. Er fordere alle auf, diesen zu lesen. Bei Informationsbedarf könne der Geschäftsbericht sicherlich einige Fragen beantworten.

Er bitte den Gemeinderat im Namen des Stadtrats den Geschäftsbericht 2018 zu genehmigen.

Schlussabstimmung
Der Rat genehmigt den Geschäftsbericht des Stadtrats für das Jahr 2018 einstimmig.

36.06

7. Postulat der Fraktion der Grünen, vom 9. Mai 2019, betreffend Massnahmen zu Gunsten des Langsamverkehrs in Wädenswil; Begründung

Patrick Höhener, Grüne, teilt mit, dass in den Legislaturschwerpunkten des Stadtrats für die Jahre 2018-2022 beim Themenbereich 4, unter Umwelt, Energie und Mobilität, als letzter Punkt „Das Angebot für den Langsamverkehr ist ausgebaut“, stehe. Darunter sei zu verstehen, dass die Sicherheit und der Komfort von Fussgängern und Velofahrenden auf den kommunalen Strassen weiter verbessert werden solle.

Vom Stadtrat würden sie fordern, dass die Abteilung Planen und Bauen einen Massnahmenkatalog erstellen solle mit Priorisierungen, welche konkreten Schritte zu entsprechenden Verbesserungen umgesetzt werden können. Dabei seien Massnahmen für alle Ortsteile von Wädenswil anzustreben. Damit die Bevölkerung von Wädenswil aber nicht weitere Jahre auf die Umsetzung der Massnahmen warten müsse, sollen rasche und pragmatisch realisierbare Massnahmen priorisiert angegangen werden. Gleichzeitig sollen die Erfahrungen aus den rasch umgesetzten Massnahmen als Grundlagen für die Beurteilung von weitergehenden und längerfristig umzusetzenden Massnahmen dienen.

Als mögliche Massnahmen zur raschen Umsetzung sähen sie insbesondere drei Punkte:

- Die Öffnung von verschiedenen Einbahnstrassen für den Velogegenverkehr. Sie würden dabei an Florhofstrasse, Floraweg, Poststrasse, Grünaustrasse und Glärnischstrasse, denken.
- Erweiterung der Begegnungszone um das Kerngebiet in Wädenswil und Anschluss an die umliegenden 30er-Zonen inkl. Reduktion der Fahrgeschwindigkeit, beispielsweise an der Kreuzstrasse
- Erhöhung der Sicherheit für den Langsamverkehr. Als konkretes Beispiel sähen sie die Etzelstrasse.

Sie würden dem Stadtrat für die Annahme des Anliegens danken.

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser sagt, dass der Stadtrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen.

Auf Anfrage von **Gemeinderatspräsident André Zürrer** gibt es einen Antrag auf Ablehnung des Postulats.

Roy Schärer, SVP, informiert, dass die SVP das Postulat nicht überweisen wolle.

Diskussion ist automatisch eröffnet:

Roy Schärer, SVP, führt aus, dass es vielleicht so töne, als ob die SVP in Wädenswil keine Geschwindigkeitsbegrenzungen mehr wolle und alles bei 60 km/h sein solle. Das sei aber überhaupt nicht der Fall. Sie hätten aber vielleicht einfach andere Ansichten zur Verkehrssicherheit, wobei er nur für sich reden könne. Der geforderte Massnahmenkatalog bestehe

bereits. Er müsse nur zur Schublade herausgenommen werden. In fast allen Wädenswiler Quartieren sei die 30er-Zone bereits vorhanden. In den wenigen Gebieten, die noch nicht dazu zählen würden, sei diese in Planung. Somit sei das Anliegen in diesem Punkt bereits erfüllt, sie seien auf einem guten Weg. Der Stadtrat leiste punkto Verkehrssicherheit sehr gute Arbeit. Die Ausbreitung von Begegnungszonen halte er selber für wenig sinnvoll. Begegnungszonen seien nur an ganz spezifischen Orten sinnvoll, das könne auch in den BFU-Empfehlungen nachgelesen werden. In der Nähe, nämlich in Lachen, gebe es ein super Beispiel. Dort sei eine riesige Begegnungszone geschaffen worden. Lachen habe jedoch eine Umfahrungsstrassen erhalten und deshalb nur noch den Verkehr, der direkt in den Ort führe. Der ganze andere Verkehr gehe aussen herum. In Wädenswil sei sowas nicht realistisch, das könne ihm jeder Verkehrsspezialist bestätigen.

Im letzten Jahr habe leider eine Mehrheit des Rats dafür gestimmt, viel Geld auszugeben, um Abklärungen zu treffen, ob eine 30er-Zone für die Zugerstrasse sinnvoll sei. Er wolle nochmals sein Votum von damals in Erinnerung rufen. Nach der Erstellung von 30er-Zonen, in der Regel ohne zusätzliche Bebauungen und Verkehrsberuhigungsmassnahmen, gebe es oftmals eine Nachprüfung um zu sehen, ob die Geschwindigkeit eingehalten werde. Wenn 85% der Autos durchschnittlich mit 38 km/h oder weniger durchfahren würden, gebe es keine Verkehrsbehinderungsmassnahmen bzw. Verkehrsberuhigungsmassnahmen. Er habe das Gefühl, dass es auf die Zugerstrasse hinauslaufe, das heisse, die Geschwindigkeit dort auf 30 km/h zu beschränken. Auf der Zugerstrasse seien Messungen gemacht worden. Dort würden 85% der Autos mit 39 km/h durchfahren. Also 1 km/h mehr als bei einer 30er-Zone, in der keine Bebauungen gemacht würden.

Fussgängerstreifen seien ein sehr gutes Mittel für die Verlangsamung des Verkehrs. Damit werde er im Beruf oftmals konfrontiert. Personen, die neu Auto fahren lernen würden, kämen mit den Fussgängerstreifen gut klar. Mit Begegnungszonen täten sie sich eher schwer. Auch der routinierte Autofahrer brauche bei einem Fussgängerstreifen grössere Aufmerksamkeit. Die meisten Autofahrer würden davon ausgehen, dass sie bei den roten Flächen vor der Migros oder dem Stadthaus keinen Vortritt hätten, sondern die Fussgänger. Aber es sei eben nicht so. Fussgänger hätten dort keinen Vortritt.

Das Postulat schlage teilweise Strassen mit Einbahnverkehr vor, bei welchen neu beschränkt Gegenverkehr zu machen sei. Bei der Glärnischstrasse, könne nicht mit Velos gekreuzt werden, da an der Mauer parkierte Autos stünden. Wer dort bereits einmal parkiert habe wisse, dass es fast unmöglich sei. Es habe einfach keinen Platz für Velos. Bei der Grünaustrasse könne kaum mit einem Fussgänger gekreuzt werden. Wer bereits einmal von der Abteilung Planen und Bauen auf die Florhofstrasse gelaufen sei, wisse, wie unangenehm es für Fussgänger wegen den Autos von rechts sei. Bei der Poststrasse mit den schräg rückwärtsfahrenden ausparkierenden Autos seien Unfälle bereits heute vorprogrammiert. Einzig beim Floraweg würde es Sinn machen, wobei es sich nur um ca. 40 m Weg handle.

Im Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gehe es darum, dass jede Person das Recht auf Bildung habe. Darum gehe es jedoch nicht. Im Artikel 26 des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) gebe es auch einen Artikel 26. Dieser laute „Jedermann muss sich im Verkehr so verhalten, dass er andere in der ordnungsgemässen Benützung der Strasse

weder behindert noch gefährdet. Besondere Vorsicht ist geboten gegenüber Kinder, Gebrechlichen und alten Leuten, ebenso wenn Anzeichen dafür bestehen, dass sich ein Strassenbenützer nicht richtig verhalten wird." Auch wenn ein anderer einen Fehler mache, müsse man sich richtig verhalten. Dies gelte sowohl für Motorfahrzeuglenker als auch für Velofahrer. Leider gelte der Artikel nicht für Fussgänger. Zum Schluss bringe Eigenverantwortung seiner Meinung nach viel mehr Sicherheit als Geschwindigkeitsbeschränkungen.

Thomas Koch, FDP, teilt mit, wie sie richtig vermuten würden, und wie in den letzten Jahren x-fach vermeldet, sei das Murmeltier wieder da.

Seine Fraktion sei nach wie vor davon überzeugt, dass die flächendeckende Einführung von Tempo 30 oder gar von Begegnungszonen im Wädenswiler Zentrum unweigerlich dazu führe, dass der Verkehrsfluss vermehrt in die Siedlungsgebiete und in die Quartiere ausweiche. Der motorisierte Verkehr werde länger als nötig im Zentrum hängen bleiben und das zentrumsnahe Gewerbe verliere aufgrund der erschwerten Erreichbarkeit weiter Kunden. Noch weniger Gewerbe und noch weniger Geschäfte im Wädenswiler Zentrum, nur weil der motorisierte Verkehr weiter aus dem Zentrum verdrängt werde, vertrage es einfach nicht mehr. Im Zentrum von Wädenswil, und da sei er mit Roy Schärer absolut gleicher Meinung, brauche es keine weiteren Massnahmen.

Seine Fraktion werde das Postulat aber dennoch unterstützen, und zwar wegen der Situation in den neuen Ortsteilen Schönenberg und Hütten, aber auch in der Au. Insbesondere in Schönenberg hätten sie durchaus Zonen ausgemacht, wo die Sicherheit für Velofahrer, Fussgänger und insbesondere Schulkinder gefährlich sei. Dort Massnahmen zu prüfen und umzusetzen mache ihres Erachtens Sinn.

Der Stadtrat werde daher gebeten, sich beim Aufzeigen von allfälligen Massnahmen in der Beantwortung des Postulats auf die äusseren Ortsteile zu fokussieren und nicht auf das Wädenswiler Zentrum. Im Zentrum sei genug gemacht worden. Hier habe es für die rot-grünen Murmeltiere keinen Platz mehr.

Schlussabstimmung:
Der Rat stimmt der Überweisung des Postulats der Fraktion der Grünen, vom 9. Mai 2019, betreffend Massnahmen zu Gunsten des Langsamverkehrs in Wädenswil, mehrheitlich zu.

Das Postulat betreffend Massnahmen zu Gunsten des Langsamverkehrs in Wädenswil gilt als an den Stadtrat überwiesen.

10.04.20

8. Interpellation der SVP-Fraktion, vom 11. Mai 2019, für einen städtischen Energiefonds; Begründung

Marco Kronauer, SVP, führt aus, dass die SVP nicht auf Panik machen wolle. Jedoch sei es sinnvoller, wenn mit einem Plan an die ganze Energiethematik herangegangen werde. Es solle nicht darum gehen, hystherisch Steuergelder hinauszuschmeissen. In der Interpellation hätten sie den Vorschlag gemacht, einen Fonds von CHF 100‘000.- einzurichten, um mit Darlehen verschiedene Projekte im Bereich Energie zu unterstützen. Es könne sich um Solar-, Photovoltaik- oder Windanlagen handeln, mit denen Energie gespart werden könne.

Vor allem im privaten Bereich könne viel gemacht werden, damit auch private Personen Geld beantragen können. Als weiterer Punkt könnte in diesem Zusammenhang auch ein sogenannter Herkunftsnachweis erklären, wenn es um erneuerbaren Strom gehe, der benötig werde. Es gehe nicht darum, A-fonds-perdu-Beiträge auszuzahlen, sondern um ein Darlehen. Es werde ein Vertrag gemacht, bei dem die Rückzahlung über die Jahre hinweg festgelegt werde. Wenn etwas in Form von Energieeinsparung gemacht werde, gebe es weniger Energiekosten und dementsprechend könne das Geld zurückbezahlt werden. Die CHF 100‘000.- seien ein Vorschlag und seien nicht in Stein gemeisselt. Der Stadtrat könnte über 50% frei verfügen und die anderen 50% könnte über eine Weisung im Gemeinderat für Projekte eingesetzt werden. Der Vorteil liege darin, dass das Geld über die Jahre wieder retour käme und wieder in neue Projekte investiert werden könnte. Die SVP finde das eine sinnvolle Variante und sie unterstütze den Bereich Energiepolitik.

Die Interpellation für einen städtischen Energiefonds geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

04.07

9. Motion von Pierre Rappazzo, GLP, Rita Hug, Grüne, Claudia Bühlmann, Grüne, Mona Fahmy, SP, und Angelo Minutella, GLP, vom 20. Mai 2019, betreffend Änderung Bewilligungspraxis Mobilfunkantennen der Stadt Wädenswil; Begründung

Gemeinderatspräsident André Zürrer informiert Pierre Rappazzo, dass nur noch 10 Minuten bis zum Ende der Sitzung übrig seien.

Pierre Rappazzzo, GLP, sagt, er danke für das Aufmerksammachen auf die Zeit. Er werde sich kurz halten, damit rechtzeitig zum Feierabendbier gegangen werden könne.

- Es sei nicht gut, wenn die öffentliche Hand ihre Gebäude für private Unternehmen zur Verfügung stellen müsse, weil es private Hausbesitzer nicht mehr täten.

- Es sei auch nicht korrekt, dass der Stadtrat seine eigene Bewilligungspraxis bei seinen Gebäuden nicht einhalte. Sie als Parlament könnten sagen, dass es ihnen egal sei, der Stadtrat solle machen, was er wolle. Aber sie könnten den Stadtrat auch auffordern, seine Verantwortung wahrzunehmen.

- Es gebe tatsächlich elektrosensitive Menschen, die mit Kopfweh und Schlafstörungen auf Mobilfunkstrahlung reagieren würden. Die öffentliche Hand solle als gutes Beispiel vorangehen und ein Zeichen setzen. Sie habe auch eine Verantwortung für die sensitive Minderheit in der Bevölkerung.

Gemeinderatspräsident André Zürrer teilt mit, dass gemäss Artikel 54 Absatz 1 Geschäftsreglement Gemeinderat der Stadtrat an der nächsten Gemeinderatssitzung zu erklären habe, ob er bereit sei, die Motion entgegenzunehmen. Ein Ablehnungsantrag oder ein Antrag auf Umwandlung in ein Postulat habe er schriftlich zu begründen.

Die Motion geht an den Stadtrat.

33.06

10. Interpellation der CVP-Fraktion, vom 22. Mai 2019, betreffend Biodiversität in Wädenswil; Begründung

Joël Utiger, CVP, sagt, dass die Biodiversität ein hochaktuelles und wichtiges Themas sei. Sie sei essentiell für Menschen, Tiere und Pflanzen. Aktuell gehe in der Schweiz pro Sekunde fast ein Quadratmeter Biodiversitätsfläche verloren. Um diesen Rückgang zu stoppen, seien schweizweit viele Projekte ins Leben gerufen worden. So habe sich auch Wädenswil in den Legislaturschwerpunkten diesbezüglich Ziele gesetzt. Die CVP-Fraktion sei an diesen Umsetzungsplänen sehr interessiert. Vielleicht gebe es auch Strategien des Stadtrats, die manchen Besitzerinnen und Besitzern von Grünflächen in Wädenswil neue Ideen brächten, wie sie die Biodiversität fördern könnten.

Sie würden sich bereits jetzt für die Beantwortung bedanken.

Die Interpellation betreffend Biodiversität in Wädenswil geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

15.04.40

11. Postulat von Judith Fürst, SP, vom 12. März 2018, überwiesen am 9. April 2018, betreffend Stadtratsbeschlüsse aktiv publizieren; Beantwortung

Stadtpräsident Philipp Kutter informiert, dass das Postulat von Judith Fürst beim Stadtrat auf offene Ohren stosse und umgesetzt werde.

Judith Fürst, SP, sagt, dass sie etwas mehr zu sagen habe. Sie bedanke sich beim Stadtrat für die Bearbeitung und die ausführliche schriftliche Beantwortung des Postulats. Es freue sie natürlich, dass die Stadtratsbeschlüsse künftig auf der Homepage der Stadt Wädenswil publiziert würden. Eine aktive Berichterstattung zeige Offenheit und Transparenz der Stadt. Sie schaffe Vertrauen in die Behörde und fördere die Partizipation.

Gleichzeitig sei sie aber auch ein wenig enttäuscht. Sie fände ein wenig mehr Innovation des Stadtrats begrüssenswert. Anstatt nur auf der Homepage und in den Printmedien Informationen zu veröffentlichen, könnte die Stadt doch mit der Zeit gehen und auch auf den Sozialen Medien wie zum Beispiel Facebook, Instagram oder Twitter etc. Informationen preisgeben. Vor allem wenn man junge Leute für Politik begeistern und die Partizipation von allen Bevölkerungsschichten fördern wolle. Falls sie mit einigen der Stadträte auf Facebook befreundet seien, bekämen sie, neben Werbung für die Partei, laufend Informationen über die Arbeit im Stadtrat. Das zeige, dass sie sehr wohl den Umgang mit den sozialen Medien im Griff hätten. Sie frage sich, warum die Stadt nicht ein eigenes öffentliches Profil haben könne, um aktiv News zu posten. Die Gemeinde Thalwil sei ein gutes Beispiel. Neben der Homepage und einem wöchentlichen Newsletter seien sie auf Facebook und Instagram präsent. Gleichzeitig hätten sie, wie auch die Gemeinde Männedorf, einen digitalen Dorfplatz. Die Plattform sei für Einwohnerinnen und Einwohner, Vereine, Institutionen, und das Gewerbe zugänglich und vereinfache die Kommunikation untereinander. Der persönliche Austausch und die Vernetzung untereinander würden gefördert.

Sie lege darum dem Stadtrat nahe, sich ein wenig mehr Gedanken über die Kommunikationskanäle zu machen und sie sei positiv gestimmt, dass der Stadtrat innovative Lösungen finden werde.

Stadtpräsident Philipp Kutter sagt, dass das Postulat von Judith Fürst heisse „Stadtratsbeschlüsse aktiv auf der Homepage zu publizieren“. Das werde gerne umgesetzt. Beim Andern, das sie zur Kommunikationsstrategie gesagt habe, könne er auch gute Nachrichten überbringen. Der Stadtrat habe in der laufenden Legislatur die Digitale Stadt als Schwerpunkt erklärt. Der Stadtrat werde deshalb seine ganze Kommunikation überprüfen, angefangen bei den Sozialen Medien über alles, was die heutige Zeit so bringe. Früher oder später in der laufenden Legislatur würden sie etwas im Sinne von Judith Fürst vorlegen können.

Das Postulat betreffend Stadtratsbeschlüsse aktiv publizieren gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

28.03.24

12. Postulat des BFPW, vom 19. März 2018, überwiesen am 9. April 2018, betreffend Stärkung der ortsansässigen Vereine; Beantwortung

Gemeinderatspräsident André Zürrer erklärt, dass das Postulat auf die nächste Sitzung verschoben werde, da Hans Peter Andreoli, BFPW, abwesend sei.

***

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.

***

Gemeinderatspräsident André Zürrer schliesst die Sitzung.

Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv.